

„Einteilen, sparen, sinnvoll ausgeben“ Entwicklungspolitische Diskurse über Geldverhalten und Geschlecht im 20. Jahrhundert

Corinna R. Unger

1. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Idealvorstellungen vom ‚richtigen‘ Umgang mit Geld, die in entwicklungspolitischen Überlegungen und Konzepten des Westens enthalten waren und das Geldverhalten von Menschen in ‚Entwicklungsländern‘ beeinflussen sollten. Den Hintergrund für das Interesse an solchen Diskursen bildet die Beobachtung, dass sowohl die koloniale als auch die postkoloniale Entwicklungspolitik von einem erzieherischen Charakter gekennzeichnet war, wie etwa der Begriff der „Zivilisierungsmission“ zeigt.¹ Verbunden mit der Zivilisierungsmission, die über das formale Ende des Kolonialismus hinaus bestand, war das Gefühl der eigenen zivilisatorischen Überlegenheit, die unter anderem in Strukturen wie einer komplexen Markt- und Geldwirtschaft zum Ausdruck zu kommen schien. Um die diagnostizierte ‚Rückständigkeit‘ der Kolonien und, im Rahmen der Dekolonisierung, der neuen Nationen zu beheben, sollten die Grundlagen für eine sozioökonomische Ordnung geschaffen werden, die den kapitalistischen Prinzipien der westlichen Industrienationen zumindest ähnelte. Zu diesem Zweck galt es, ‚rationale‘ Verhaltensformen in den betreffenden Gesellschaften zu verankern.² So forderte etwa Wilhelm Röpke, einer der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, 1961, die westliche Entwicklungshilfe solle den Menschen in der sogenannten Dritten Welt die mentalen Voraussetzungen für marktwirtschaftlichen Erfolg nahebringen: „Unternehmungsgeist ..., Werktreue, Verlässlich-

¹ Vgl. Boris Barth u. Jürgen Osterhammel Hg., *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*, Konstanz 2005; Harald Fischer-Tiné u. Michael Mann Hg., *Colonialism as Civilizing Mission. Cultural Ideology in British India*, London 2004.

² Klassisch: Max Weber, *Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 1, Tübingen 1920, 17–206.

keit, Pünktlichkeit, Spartrieb und Schaffensdrang“.³ Gemeinsam ergaben diese Tugenden eine Arbeitsmoral, die nicht nur den rasanten Wiederaufbau Westdeutschlands nach dem Krieg, sondern die westliche Wohlstandsgesellschaft überhaupt ermöglicht zu haben schien. „Die Änderung des Arbeits-Ethos, d.h. die Erweckung eines Arbeits-Ethos überhaupt ist indessen eine Frage der Erziehung“, meinten einige westliche Beobachter mit Blick auf die Entwicklungsländer.⁴ Damit war die Erwartung verknüpft, dass ein spezifischer Umgang mit Geld notwendig sei.

Als Teile des ökonomischen und sozialen Systems einer Gesellschaft sind Arbeits- und Geldverhalten eng mit der jeweiligen Geschlechterordnung verknüpft. Entsprechend enthielten entwicklungspolitische Diskurse über die ‚richtige‘ Einstellung zur Arbeit und den ‚angemessenen‘ Umgang mit Geld Annahmen über ökonomisch bedingte oder die ökonomischen Strukturen bedingende Geschlechterrollen und -normen. Ein Blick auf entwicklungspolitische Vorstellungen über Fragen von Arbeitsteilung und Lohnarbeit, Konsumpraktiken und Familienstrukturen verspricht, die Konturen westlicher Idealvorstellungen vom Umgang mit Geld als geschlechterpolitische Praxis zu schärfen.

Der Zusammenhang zwischen Geld, Geschlecht und Entwicklungspolitik ist bislang kaum aus historischer Perspektive untersucht worden. Geld fungiert als eine so fundamentale Kategorie gesellschaftlicher Ordnung, dass es offenbar schwierig erscheint, die Bedingungen ihrer Existenz zu hinterfragen.⁵ Weiterhin lässt sich eine deutliche Leerstelle in der historischen Forschung über die Bedeutung von Geschlecht in der Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe ausmachen. Entwicklung und Modernisierung werden häufig als ‚geschlechtsneutrale‘ Konzepte verstanden.⁶ Wenn Geschlechteraspekte in der Geschichte der Entwicklungspolitik berücksichtigt werden, konzentrieren sie sich meist auf die Rolle von Frauen im Zusammenhang mit Geburtenkontrolle und Familienplanung oder auf die Entdeckung der Kategorie Geschlecht in der Entwicklungshilfe in den 1970er Jahren.⁷ Über die inhärenten Geschlechternormen der west-

3 Wilhelm Röpke, Die unterentwickelten Länder als wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Problem, in: ders., *Entwicklungsländer. Wahn und Wirklichkeit*. Geleitwort von Albert Hunold, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1961, 11–82, 25. Zu Röpke vgl. A. J. Nicholls, *Freedom with Responsibility. The Social Market Economy in Germany, 1918–1963*, Oxford 1994.

4 Konsulat der Bundesrepublik Deutschland Dacca an das Auswärtige Amt betr. Warenaustausch mit Indien, 29. September 1959. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, B 61-411/240.

5 Vgl. Caroline Sweetman, Editorial, in: dies. Hg., *Gender, Development, and Money*, Oxford 2001, 2–8, 2.

6 Zur ‚Geschlechterblindheit‘ der Entwicklungsökonomie und -politik vgl. Suzanne Bergeron, *Fragments of Development. Nation, Gender, and the Space of Modernity*, Ann Arbor 2006².

7 Vgl. etwa Sunniva Engh, *From Northern Feminists to Southern Women. Scandinavian Population Aid to India*, in: Monika Pohle Fraser u. Helge Pharo Hg., *The Aid Rush. Aid Regimes in Northern Europe During the Cold War*, Oslo 2008, 253–284; Michael Latham, *The Right Kind of Revolution. Modernization, Development, and U.S. Foreign Policy from the Cold War to the Present*, Ithaca 2011, 174f.

lichen Entwicklungspolitik existieren nur wenige Studien; dies gilt auch für den Wandel von Geschlechterverhältnissen als Effekt von entwicklungspolitischen Maßnahmen.⁸ Unterdessen zeigt die sozialwissenschaftliche Forschung, die sich mit dem Zusammenhang von Geschlecht und Entwicklungspolitik befasst, wenig Interesse an historischen Perspektiven, sieht man vom Rekurs auf die Marx'sche und neoklassische Konzeption des Haushalts als ökonomische Einheit ab.⁹

Der folgende Beitrag geht deshalb der Frage nach, welche Rolle Geld und markt-orientiertes Handeln in westlichen Entwicklungsdiskursen spielten und welche Geschlechtervorstellungen in entwicklungspolitischen Konzepten enthalten waren, die zum Ziel hatten, vermeintlich ‚rückständige‘ Gesellschaften an das für universal erachtete westliche Modell anzupassen. Grob lassen sich drei miteinander verbundene Bereiche entwicklungspolitischen Denkens identifizieren, die den Umgang mit Geld betrafen: Haushaltsführung und Hauswirtschaftslehre, Konsumpraktiken sowie Sparen und Kredite. Die Gliederung des Beitrags bildet diese Bereiche ab. Ein kohärenter Quellenbestand findet sich zu diesen Themen nicht. Deshalb verfolgt der Text einen bewusst impressionistischen Ansatz und stützt sich auf Sekundärliteratur und ausgewählte Archivbestände. Daraus ergibt sich eine thematische Bandbreite, die von sozial-reformerischen Ansätzen in Europa zu Anfang des 20. Jahrhunderts über spätkoloniale Konzepte in Britisch-Afrika in den 1920er und 1930er Jahren bis hin zu entwicklungspolitischen Projektionen amerikanischer Akteure in Indien zwischen den 1950er und 1970er Jahren reicht.

2. Hauswirtschaftslehre als Entwicklungspolitik

1962 stellte ein Abteilungsleiter des westdeutschen Innenministeriums fest, dass eine der wichtigsten entwicklungspolitischen Aufgaben seines Ressorts darin bestehe, in jenen Ländern, die den Prozess der Industrialisierung durchliefen, die „Gemeinschaftsbildung mit dem Ziele der geordneten Anpassung der Bevölkerung an die veränderten Verhältnisse“ zu fördern.¹⁰ Zugrunde lag die Annahme, dass mit der Industrialisierung

8 Andrew J. Rotter, *Gender Relations, Foreign Relations. The United States and South Asia, 1947–1964*, in: Peter L. Hahn u. Mary Ann Heiss Hg., *Empire and Revolution. The United States and the Third World since 1945*, Columbus 2001, 195–213; Christina Klein, *Musicals and Modernization. Rodgers and Hammerstein's 'The King and I'*, in: David C. Engerman u. a. Hg., *Staging Growth. Modernization, Development, and the Global Cold War*, Amherst 2003, 129–162.

9 Vgl. Nancy Folbre, *The Black Four of Hearts. Toward a New Paradigm of Household Economics*, in: Daisy Dwyer u. Judith Bruce Hg., *A Home Divided. Women and Income in the Third World*, Stanford 1988, 248–262.

10 Bundesministerium des Innern (BMI), V 2, an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit betr. Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache IV/542), 6. August 1962. Bundesarchiv Koblenz, B 213/6725.

die Auflösung der traditionellen Großfamilie einhergehe. Deshalb müsse der neuentstehenden Kleinfamilie geholfen werden, mit den Strukturen und der Aufgabenverteilung der Moderne zurechtzukommen. Dazu seien „alle Arten von Familiendiensten“ erforderlich – „von der Beratung in Hauswirtschaftsfragen und über den Umgang mit dem Gelde (einteilen, sparen, sinnvoll ausgeben; Warnung vor Alkohol, Spiel, Suchtkrankheiten) angefangen über häusliche Fähigkeiten (nähen, weben, richtig kochen und ernähren) und Hygiene bis zur Erziehung der Kinder“. ¹¹ Obwohl Frauen nicht ausdrücklich genannt wurden, war impliziert, dass sie es seien, die die Anpassungsleistung an die veränderten Strukturen erbringen sollten, und dass der Haushalt der Ort dieses entwicklungspolitischen Geschehens sein sollte.

Die Forderung, Frauen in Entwicklungsländern dazu zu bringen, sich ‚haushälterisch‘ zu verhalten – sparsam zu wirtschaften und Geld ‚sinnvoll‘, das heißt im familiären Interesse zu verwenden –, erinnert auffällig an das sozialreformerische, zum Teil feministisch inspirierte Engagement in den Arbeitervierteln der westlichen Industriestädte im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Sozialarbeiterinnen in Berlin, London, Chicago und New York bemühten sich zu jener Zeit, die akute Not zu lindern und die sozialen und hygienischen Bedingungen zu verbessern, die in Slums und Mietskasernen herrschten. Dazu wandten sie sich in erster Linie an die Arbeiterfrauen und versuchten, ihnen neue Ansätze in der Kinderpflege und Haushaltsführung nahezubringen – eine erzieherische Tätigkeit, die das bürgerliche Frauenideal zum Vorbild hatte. Aus übergeordneter Perspektive diente die sozialreformerische Arbeit dem Ziel, das Konfliktpotential, das sich aus der extremen Armut und den Statusdifferenzen innerhalb einer Gesellschaft ergab, zu neutralisieren. ¹²

Die Angst vor dem Zerbrechen bestehender Familien- und Sozialstrukturen im Prozess der Industrialisierung und Urbanisierung, die zumindest indirekt von der ‚Erinnerung‘ an die europäischen Erfahrungen inspiriert war, prägte auch den westlichen Blick auf die Entwicklungsländer. Allerdings lagen der Position des zitierten Ministerialbeamten kaum feministische Überzeugungen zugrunde. Sein Ansatz basierte auf einer funktionalen Logik: Wenn Frauen die Aufgabe zukam, die in den Entwicklungsländern stattfindenden Wandlungsprozesse auf familiärer und haushälterischer Ebene mitzugestalten und die heftigsten Effekte der Modernisierung abzufedern, mussten sie als entwicklungspolitische Akteurinnen ernst genommen werden. Das hieß auch, ihnen Kenntnisse zu vermitteln, mit denen sie sich in der öffentlichen Sphäre leichter bewegen konnten, und ihre Fähigkeiten als ökonomisch Handelnde zu stärken.

Ähnliche Überlegungen wurden auch in anderen entwicklungspolitischen Einrichtungen angestellt, deren Zahl und Einfluss in der Nachkriegszeit kontinuierlich wuchs.

¹¹ BMI, Anfrage, wie Anm. 10.

¹² Vgl. Daniel T. Rodgers, *Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Age*, Cambridge, Mass./London 1998, bes. Kap. 4; Anja Schüler, *Frauenbewegung und soziale Reform. Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog*, Stuttgart 2004.

So argumentierte eine Mitarbeiterin der United Nations Food and Agriculture Organization (FAO, Rom) Anfang der 1950er Jahre, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen in ländlichen Regionen durch die Förderung des „home management“ effektiv verbessern ließen. Frauen, die für den größten Teil dieser Arbeit verantwortlich seien, müssten geschult und unterstützt werden, denn: „The ability to run a home happily and efficiently is not an attribute with which people are endowed at birth; it is something which has to be learned ... Adequate training for home-making is therefore a necessary part of education for adult life.“¹³ Ansätze wie dieser hatten zum Ziel, die Selbstständigkeit von Frauen zu vergrößern und ihnen mehr Freiraum zu ermöglichen. Zugleich begrenzten sie diesen Freiraum auf die häusliche Sphäre. Dies entsprach der Rückbesinnung auf konservative Geschlechterrollen in Westeuropa und den USA in den Nachkriegsjahren, als Frauen auf gesetzlichem Wege, über steuerliche Sanktionen sowie durch konsumpolitische Entwicklungen die alleinige Verantwortung für Familie und Haushalt zugewiesen wurde.¹⁴ Hier lässt sich eine Kontinuität zu älteren Debatten beobachten, die in die Kolonialzeit zurückreichten und mit bildungs- und familienpolitischen Fragen der Kolonialgesellschaften zu tun hatten.¹⁵

Erziehung war ein wichtiges Feld kolonialer Entwicklungspolitik. Bis zum Ersten Weltkrieg dominierten Missionsschulen das koloniale Bildungswesen im subsaharischen Afrika. Als in den 1920er Jahren und 1930er Jahren Großbritannien und Frankreich entschieden, die *colonial education* auszubauen, erhielt die Frage, welche Art von Erziehung für welche sozialen Gruppen angemessen sei, neue Relevanz.¹⁶ Einige britische Kolonialexperten plädierten dafür, älteren Schülern „die Bedeutung des Geldwesens“, „die Ursachen der Besteuerung“ und ähnliche „staatsbürgerliche“ Themen nahezubringen.¹⁷ Doch solcher Unterricht war jenen Schülern vorbehalten, die für Posten innerhalb der Kolonialadministration ausgebildet wurden, und meist auf Städte begrenzt. Die Mehrzahl der afrikanischen Schüler war auf Dorf- und Regionalschulen angewiesen, in denen andere, stärker praktisch orientierte Kenntnisse vermittelt

13 Mona Doss, Regional Nutrition & Home Economics Adviser, Near East Regional Office, Food and Agriculture Organization, „The Place of Home Economics in the Development of Rural Extension Programs“ (FAO/52/12/8115). Archiv der Food and Agriculture Organization (Rom), Record Group 12, Box ESN 543, Folder „Nutrition Division Program, Extension Education of Rural Peoples“.

14 Vgl. Lizabeth Cohen, *A Consumer's Republic. The Politics of Mass Consumption in Postwar America*, New York 2003, 133–152; Victoria de Grazia, *Irresistible Empire. America's Advance through Twentieth-Century Europe*, Cambridge, Mass. 2005, Kap. 9; Robert G. Moeller, *Protecting Motherhood. Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*, Berkeley 1993.

15 Übergreifend zu diesem Thema vgl. Lisa Pollard, *Nurturing the Nation. The Family Politics of Modernizing, Colonizing, and Liberating Egypt, 1805–1923*, Berkeley 2005.

16 Vgl. Bob White, *Talk about School. Education and the Colonial Project in French and British Africa (1860–1960)*, in: *Comparative Education*, 32, 1 (1996), 9–25.

17 Herward Sieberg, *Colonial Development. Die Grundlegung moderner Entwicklungspolitik durch Großbritannien 1919–1949*, Stuttgart 1985, 582f.

wurden.¹⁸ Zu diesen Schulen gehörten unter anderem die sogenannten Jeanes-Schulen. Sie orientierten sich am Tuskegee-Modell des afroamerikanischen Bildungspolitikers Booker T. Washington, dem zufolge den Nachkommen der SklavInnen im Süden der Vereinigten Staaten handwerkliche und landwirtschaftliche Fähigkeiten vermittelt werden sollten. Höhere Bildung galt als den drängenden Erfordernissen unangemessen und wurde daher explizit abgelehnt. Das Modell setzte nicht auf Integration in die weiße Mehrheitsgesellschaft, sondern hatte zum Ziel, die sozioökonomische Situation der afroamerikanischen Minderheit zu verbessern.¹⁹

Die koloniale Adaption des Modells in Britisch-Afrika folgte ähnlichen sozialpolitischen Prämissen. Das Colonial Office in London war daran interessiert, Familienstrukturen im westlichen Sinne zu stärken und ein Auseinanderbrechen der afrikanischen Gesellschaften im Zuge der einsetzenden sozioökonomischen Transformation zu verhindern. Innerhalb des kolonialen ökonomischen Systems waren viele afrikanische Männer gezwungen, als Arbeitsmigranten weit entfernt von ihren Familien zu leben, sodass Frauen weitgehend alleinverantwortlich für das Auskommen ihrer Familien waren. Westliche Beobachter fürchteten eine Zunahme der Individualisierung auf Kosten der ‚traditionellen‘ (oftmals idealisierten) Clan- und Stammesstrukturen sowie zunehmende soziale Unruhe, wenn im Zusammenhang mit der Lohnarbeit die Erwartungen an Lebens- und Konsumbedingungen stiegen.²⁰ Auch deshalb erhielten Afrikanerinnen an den Jeanes- sowie an zahlreichen Missionsschulen Unterricht in Grundlagen der Hygiene und Gesundheits-, insbesondere der Säuglings- und Kinderpflege, sowie in Haushaltstechniken. Außerdem sollten sie jene Lese- und Rechenfähigkeiten erlernen, die notwendig waren, um die Finanzen ihrer Familien zu verwalten. Mittels dieser Maßnahmen, so erhofften sich die Befürworter des Konzepts, würden Familien und mit ihnen das übergeordnete soziale System gestärkt.²¹ Haushaltsführung war aus dieser Sicht keine private, sondern eine höchst politische Angelegenheit, für die sich der *colonial development state* verantwortlich fühlte. Als Orientierung diente das westliche Ideal bürgerlicher Weiblichkeit.

18 Meredith Turshen, *Reproducing Labor. Colonial Government Regulation of African Women's Reproductive Lives*, in: Dennis Cordell u. a. Hg., *The Demographics of Empire. The Colonial Order and the Creation of Knowledge*, Athens, Ohio 2010, 217–244, 231f.

19 Vgl. Roy E. Finkenbine, *Law, Reconstruction, and African American Education in the Post-Emancipation South*, in: Lawrence J. Friedman u. Marc D. McGarvie Hg., *Charity, Philanthropy, and Civility in American History*, Cambridge 2003, 161–178; Andrew Zimmerman, *Alabama in Africa. Booker T. Washington, the German Empire, and the Globalization of the New South*, Princeton 2010; Edward H. Berman, *Educational Colonialism in Africa. The Role of the American Foundations, 1910–1945*, in: Robert F. Arnove Hg., *Philanthropy and Cultural Imperialism. The Foundations at Home and Abroad*, Boston 1980, 179–201.

20 Turshen, *Labor*, wie Anm. 18, 218; Joseph Morgan Hodge, *Triumph of the Expert. Agrarian Doctrines of Development and the Legacies of British Colonialism*, Athens, Ohio 2007, 135, 140, 169.

21 Timothy Burke, *Lifebuoy Men, Lux Women. Commodification, Consumption, and Cleanliness in Modern Zimbabwe*, Durham/London 1996, 47f.; Sieberg, *Development*, wie Anm. 17, 623–627.

3. Entwicklung durch Konsum

Mit diesem Geschlechterideal waren spezifische Konsumvorstellungen verbunden. Timothy Burke spricht in diesem Zusammenhang von einer „ideology of mission domesticity“.²² Eine streng reglementierte Form des Konsums war essentieller Bestandteil der ‚zivilisierten‘ Lebensführung, die die britischen und französischen Missionschulen in der spätkolonialen Ära propagierten:

A respectable [woman] should learn how to sew and mend her own clothing. She should never buy luxury items like gramophones and always cook simple, nutritional foods. She should avoid alcohol and try to prevent men from excess consumption of it. But at the same time, the respectable [woman] was also enjoined to be a consumer of manufactured goods, to buy soaps and detergents and deodorants, to have afternoon tea set at a proper table, to hang drapes on her windows, to have quintessentially modern furniture like beds and chairs, to live in a square rather than a round home.²³

Mit dieser Rollenzuweisung wurden Frauen zu aktiven Teilnehmerinnen an der Geld- und Konsumwirtschaft erklärt. Ob sich der streng definierte, reglementierte Umgang mit Geld in der Praxis durchsetzen ließ, war jedoch eine andere Frage. Im Zuge der zunehmenden Kommodifizierung und Urbanisierung in den 1940er und 1950er Jahren wurden afrikanische Frauen zu einer an Kaufkraft gewinnenden Gruppe. Dies erkannten auch westliche Unternehmen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt um die Ausweitung ihrer Absatzmärkte bemühten. Zu diesem Zweck begannen sie, die Verbrauchsgewohnheiten und das Ausgabeverhalten der potentiellen KäuferInnen ihrer Produkte zu analysieren und entsprechende Marketingstrategien zu entwickeln. Obwohl die Unternehmen von ihren zukünftigen afrikanischen KonsumentInnen meist als Männern sprachen („He [the African consumer] has, no doubt, his special likes and dislikes“²⁴), standen Frauen in vielen Werbekampagnen (insbesondere jenen der großen Kosmetikkonzerne) im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.²⁵ Diese Unternehmen betrachteten afrikanische Frauen als mögliche Konsumentinnen und waren deshalb an ihrer aktiven Teilnahme an der Geldwirtschaft interessiert. Konsum konnte – ähnlich wie Bildung – auf diese Weise emanzipatorisch wirken.²⁶ Im Kontext der Dekolonisation gewann diese konsumpolitische Emanzipationsstrategie an Bedeutung.

22 Timothy Burke, *The Modern Girl and Commodity Culture*, in: *The Modern Girl Around the World* Research Group Hg., *The Modern Girl Around the World. Consumption, Modernity, and Globalization*, Durham/London 2008, 362–369, 364.

23 Burke, *Girl*, wie Anm. 22, 364.

24 Zit. nach: Burke, *Men*, wie Anm. 21, 130.

25 Vgl. Burke, *Men*, wie Anm. 21, 117, 129–144.

26 Vgl. Burke, *Girl*, wie Anm. 22, 366f.

Anders als die europäischen Kolonialmächte, die das Geld- und Konsumverhalten ihrer kolonialen Subjekte in engen Grenzen zu halten versuchten, setzten amerikanische Entwicklungsplaner auf eine dezidiert marktwirtschaftliche Kommodifizierungsstrategie. Zugrunde lag die entwicklungsökonomische Annahme, dass der Handel mit Konsumgütern angekurbelt werden müsse, um das Wirtschaftswachstum der neuen Nationen zu befördern und die Industrialisierung zu beschleunigen. Damit ging eine dezidiert emanzipatorische Haltung in Fragen geschlechtsspezifischer Entwicklungspolitik einher, wie ein Beispiel aus Indien zeigt.

In den 1950er Jahren unterstützte die Ford Foundation, die in der Nachkriegszeit eine führende Rolle in der amerikanischen Entwicklungspolitik spielte, Indiens *Community Development Programme* mit erheblichen Summen. Das Programm war ein transnationales Produkt: Unter Rückgriff auf indische, amerikanische und europäische Sozialreformkonzepte versuchten die beteiligten Inder und Amerikaner, die ländliche Infrastruktur unter aktiver Beteiligung der Dorfbevölkerung zu verbessern. Auf diese Weise sollten die Agrarproduktion und der Lebensstandard der BäuerInnen gesteigert werden.²⁷ Die Geschlechterordnung, die das Community-Development-Programm vermittelte, entsprach den konservativen Sozialstrukturen, die in vielen Regionen Indiens bestanden, spiegelte aber auch amerikanische Rollenvorstellungen wider: Die Ford Foundation konzentrierte ihre Aktivitäten beinahe ausschließlich auf die männlichen Dorfbewohner. Die einzige Form, in der Frauen in das Programm eingebunden wurden, bestand in Unterrichtseinheiten zu Fragen der Hauswirtschaft und der Hygiene. Zwar war einigen der Verantwortlichen bewusst, dass Frauen eine wichtige Rolle in der Dorfökonomie spielten und deshalb stärker in die Reformbestrebungen integriert werden sollten, doch letztlich erschienen ihnen die (realen oder angenommenen) kulturellen Widerstände zu groß.²⁸

Umso bemerkenswerter war vor diesem Hintergrund der Versuch der Ford Foundation, Gruppen zu organisieren, in denen Frauen kunsthandwerkliche und andere Fähigkeiten erlernen sollten, mit deren Hilfe sie Produkte herstellen und verkaufen könnten. Zwar erwies sich bald, dass die Gruppen vor allem einen willkommenen Ort für soziale Zusammenkünfte für Frauen höherer Kasten darstellten und das ‚bürgerliche‘ Konzept kaum etwas mit der Lebensrealität von Frauen aus niedrigeren Kasten zu tun hatte. Interessant ist der Ansatz jedoch deshalb, weil ihm das Ziel zugrunde lag, die monetären Einkünfte von Frauen außerhalb der häuslichen Sphäre zu erhöhen und

27 Vgl. Subir Sinha, *Lineages of the Developmentalist State: Transnationality and Village India, 1900–1965*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 50, 1 (2008), 57–90.

28 Vgl. *Report of Mission on Community Organization and Development in South and South East Asia*. U.N. Series on Community Organization and Development, December 1953, 114f. University of Chicago Library, Special Collection Research Center, Albert Mayer Papers, Box 5, Folder 26; Albert Mayer, *To Co-Workers in Development Projects News Letter* (3rd Instalment), May 17, 1955, Albert Mayer Papers, Box 3, Folder 7.

ihnen so die Möglichkeit zu geben, aktiver an der Geldwirtschaft teilzunehmen.²⁹ Dieses Bemühen ergänzte die Versuche der indischen Regierung, die sogenannten *Cottage Industries* – die Herstellung handwerklicher Güter auf familiärer Ebene – auszubauen, um die Konsumgüterindustrie zu beleben und die Grundlage für die angestrebte Industrialisierung zu schaffen.³⁰ Um den Konsum zu fördern, reichte es jedoch nicht aus, die Kommodifizierung zu beschleunigen. Es mussten außerdem mehr Menschen in die Lage versetzt werden, Geld auszugeben, um die Konsumgüter zu kaufen. Nur eine *cash economy* bot jene Strukturen, die dazu notwendig waren. Aus diesem Grund kam der Lohnarbeit besondere Bedeutung im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Nationen zu. Damit verknüpft waren Fragen des Sparverhaltens und der Kreditvergabe.

4. Entwicklung finanzieren: Sparen und Kredite

Vielen Beobachtern galten der Wille und die Fähigkeit zum Sparen als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung der Entwicklungsländer. Allein über die Erhöhung der Sparquote ließ sich jenes Kapital generieren, das für die Industrialisierung und den Massenkonsum erforderlich war, postulierte die westliche Entwicklungsökonomie. Zugleich verlangte diese Praxis des Sparens einen ‚rationalen‘ und ‚kontrollierten‘ Umgang mit Geld. Doch für Menschen, die von der Subsistenzwirtschaft lebten, war es überaus schwierig, Geld zu sparen; wenn sie Geld hatten, musste es häufig sofort für dringliche Anschaffungen ausgegeben werden. Mehr noch: Die Knappheit an Kapital führte oftmals dazu, dass Kleinbauern und Tagelöhner überbezahlte Kredite aufnehmen mussten, die sie in einen Kreislauf von Abhängigkeiten brachte. Zugleich verhielten sich ausländische Investoren aufgrund der oftmals unsicheren politischen Lage zögerlich oder scheiterten an protektionistischen Auflagen. Neben der Knappheit an Geld erschwerten oder verstellten soziale Strukturen vielen Menschen den Zugang zu Geld. Der Fall der indischen Landwirtschaftspolitik stellt ein Beispiel für dieses Problem dar.

Um Indiens Nahrungsmittelknappheit zu überwinden und die Stabilität der neuen Nation zu gewährleisten, bemühte sich die indische Regierung seit der Unabhängigkeit 1947 um eine Steigerung der Agrarproduktion. Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ließ sich angesichts starker politischer Widerstände nicht durchsetzen. Aus diesem Grund versuchte die indische Regierung, neue Agrotechnologien einzuführen, die

29 Ford Foundation, *Women, Poverty and Livelihoods. The Ford Foundation 1952–2002*, New Delhi 2002, 4f. Vgl. auch Irene Tinker, *The Making of the Field. Advocates, Practitioners, and Scholars*, in: Irene Tinker Hg., *Persistent Inequalities. Women and World Development*, New York/Oxford 1990, 27–53, 37f.

30 Vgl. Dietmar Rothermund, *An Economic History of India. From Pre-Colonial Times to 1991*, London 1993², 130ff.

höhere Erträge versprochen, vor allem anorganischen Dünger und neue, ergiebigere Getreidesorten. Doch diese Materialien waren teuer und für Kleinbauern und Tagelöhner unerschwinglich. Deshalb förderte die Nehru-Regierung die Etablierung von Kreditgenossenschaften (ein Instrument, dessen Wurzeln bis in die Kolonialzeit zurückreichen).³¹ Doch so vielversprechend das genossenschaftliche Konzept zur Vergabe von Krediten in der Theorie erschien, so kompliziert gestaltete sich seine Realisierung. Ein wesentliches Problem bestand darin, dass die Genossenschaften auf Anweisung der Regierung installiert wurden und die Bevölkerung aufgefordert war, ihnen beizutreten. Entsprechend häufte sich die Kritik an der unzureichenden „Sparleistung der Genossen“ und ihrem mangelnden demokratischen Genossenschaftsbewusstsein.³² Erschwert wurde die Situation durch eine komplexe, unflexible Bürokratie, die sich besonders gegenüber illiteraten Bauern wenig aufgeschlossen zeigte und abschreckend wirkte. Die Berater der Ford Foundation, die in den 1950er und 1960er Jahren wesentlich an Indiens landwirtschaftlichen Reformmaßnahmen beteiligt war, forderten, dass der Zugang zu Krediten erleichtert werden müsse. Sie sprachen neutral von „cultivators“ als Zielgruppe, doch sahen sie unzweifelhaft Männer als verantwortlich für den Umgang mit Geld an.³³ Wenn es bereits Männern in Indien schwer fiel, Zugang zu Krediten zu erhalten, traf dies in besonderer Weise auf viele indische Frauen zu. Klassen- und Geschlechterdifferenzen erwiesen sich als erhebliche Hürden.

Diese Hürden zu überwinden wurde zu einem herausragenden Ziel der westlichen Entwicklungspolitik in den 1970er Jahren. Zu jener Zeit hatte der modernisierungstheoretische Optimismus einer rasanten Desillusionierung Platz gemacht, die zur Rückbesinnung auf ältere, teils aus kolonialen Zusammenhängen stammende Entwicklungsansätze führte. ‚Integrierte Entwicklung‘ wurde nun zum Schlagwort einer Entwicklungsprogrammatisierung, die auf kontextsensible *empowerment*-Strategien setzte, um der Armut ‚von unten‘ entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang begann sich die internationale Entwicklungspolitik für die Bedeutung von Geschlechterdifferenzen im Entwicklungsprozess zu interessieren.³⁴ Viele Entwicklungsexperten forderten, dass der Anteil der ‚unsichtbaren‘, von Frauen unbezahlt verrichteten Arbeit anerkannt werden müsse.³⁵ In den folgenden Jahren wurden Programme entwickelt, deren Ziel es war, Frauen für die Erwerbsarbeit zu qualifizieren.³⁶ In diesem Sinne unterstützte die Ford

31 Vgl. Theodor Bergmann, Die Genossenschaftsbewegung in Indien. Geschichte, Leistungen, Aufgaben, Frankfurt a. M. 1971, 35–38; Corinna R. Unger, Raiffeisen in India. From Colonial Development to Postcolonial Modernization?, in: Miguel Bandeira Jerónimo Hg., The End of Empires. Cold War Diplomacies, Trajectories of Development and the Formation of the Third World, im Erscheinen.

32 Bergmann, Genossenschaftsbewegung, wie Anm. 31, 39.

33 Vgl. Ford Foundation, Agricultural Production Team, Report on India's Food Crisis & Steps to Meet It, New Delhi 1959, 36ff.

34 Ausschlaggebend war Ester Boserup, Women in Economic Development, London 1970.

35 Vgl. Tinker, Making, wie Anm. 29, 28–35.

36 Vgl. Ford Foundation, Women, wie Anm. 29, 6f.

Foundation die Arbeit der 1972 gegründeten Self-Employed Women's Association (SEWA). Die indische Gewerkschaft setzte sich dafür ein, die niedrigen Löhne und Einkommen, die Frauen mit der Produktion und dem Verkauf handwerklicher Erzeugnisse verdienten, zu erhöhen und den Frauen einen umfassenderen Arbeitsschutz zu sichern. Die Unzugänglichkeit zu Kapital erwies sich in diesem Zusammenhang als zentrales Problem. Deshalb wurde eine gewerkschaftseigene Bank gegründet, die Mikrokredite an Frauen vergab. In den folgenden Jahren etablierte SEWA zudem genossenschaftliche Projekte, die Frauen Zugang zur Erwerbstätigkeit und damit auch zum Geldmarkt geben sollten.³⁷ SEWAs Anspruch reichte weit über die rein finanziellen Aspekte hinaus. Indem Frauen von anderen Frauen Unterstützung erhielten, sollten sie in die Lage versetzt werden, ökonomisch unabhängig(er) zu werden. Es war SEWAs explizites Ziel, Frauen zu helfen, sich mittels des Umgangs mit Geld sozial und politisch zu emanzipieren.³⁸

5. Schluss

Der Überblick über entwicklungspolitische Diskurse zum Zusammenhang von Geld und Geschlecht hat gezeigt, dass dem westlichen Entwicklungsdenken im 20. Jahrhundert keine einheitliche Strategie zur Förderung eines bestimmten Geldverhaltens zugrunde lag. Allerdings basierten viele Konzepte auf Annahmen, die von konservativ-bürgerlichen Geschlechternormen geprägt waren. Die Betonung, dass Frauen für den Haushalt zuständig seien, ist das vielleicht auffälligste Beispiel. Kolonialadministratoren und Entwicklungsplanern war bewusst, dass der vermeintlich private Bereich eine überaus politische Sphäre darstellte, die über die ökonomischen Strukturen und Praktiken der jeweiligen Gesellschaften mitbestimmte. Dem Zugang zu und dem Umgang mit Geld kam hier eine entscheidende Rolle zu. Das Vorhaben, Familienstrukturen zu stärken, indem Frauen die Verantwortung für die Haushaltsführung zugewiesen bekamen, setzte ein spezifisches Geldverhalten voraus; dieses Geldverhalten zu vermitteln und einzuüben, war Aufgabe des Hauswirtschaftsunterrichts. Doch die Balance zwischen Stabilisierung und Emanzipierung war eine politische Herausforderung, wie das Beispiel der kolonialen Konsumpolitik nahelegt.

Unter den Bedingungen der Dekolonisation gewann der Umgang mit Geld eine neue Relevanz. Im Verlauf des Dekolonisationsprozesses wandelten sich die Geschlechterverhältnisse der ehemaligen Kolonien, als tradierte Dependenz- und Interdependen-

37 Vgl. Ford Foundation, *Women*, wie Anm. 29, 15f. Zu SEWA vgl. Daniel W. Crowell, *The SEWA Movement and Rural Development. The Banaskantha and Kutch Experience*, New Delhi/Thousand Oaks 2003.

38 Vgl. Martha C. Nussbaum, *Women and Human Development. The Capabilities Approach*, Cambridge 2000, 53, 67.

denzstrukturen durch neue sozioökonomische Realitäten abgelöst wurden. Entwicklungspolitische Vorstellungen über den ‚richtigen‘ Umgang mit Geld orientierten sich nun einerseits stärker an den national definierten Zielen der jeweiligen Länder, andererseits an übergeordneten Interessen, wie sie unter anderem der Kalte Krieg hervorbrachte. Zugleich gewann der Massenkonsum in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine ganz neue Bedeutung, die sich auch auf das ökonomische Leben in den neuen Nationen auswirkte. Entwicklungspolitik war zudem nicht länger ein Monopol westlicher Regierungen, sondern ein zunehmend kompetitives Feld, auf dem sich einflussreiche internationale und private Akteure bewegten. Mit ihnen hielten neue Interessen am Geldverhalten der Menschen in der ‚Dritten Welt‘ Einzug. Wurden Fragen der Geschlechterordnung auch nur selten direkt angesprochen, erwiesen sich die Entwicklungsagenten der Nachkriegszeit doch als sensibel für die Zusammenhänge zwischen Erwerbsarbeit, Konsumkraft und dem Zugang zu Geld. Die Einführung und Propagierung von Kreditprogrammen für Frauen seit den 1970er Jahren zeigt am deutlichsten, für wie bedeutsam die westliche Entwicklungspolitik geschlechterspezifisches Geldverhalten hielt. Die Instrumente und Methoden sowie die mit ihnen verbundene Rhetorik unterschieden sich deutlich von kolonialen Programmen; bezüglich des Bewusstseins für den Zusammenhang zwischen Geldverhalten, Konsum und Geschlechterrollen bestanden jedoch auffällige Kontinuitäten.